



# INGENIEURVERTRAG

Fachplanung Technische Ausrüstung

Zwischen dem **Evangelischen Regionalverband Frankfurt und Offenbach**

(Name der kirchlichen Körperschaft)

Körperschaft des öffentlichen Rechts

vertreten durch **Herr Cornelius Boy**

(Vertretungsorgan)

in **60311 Frankfurt am Main, Kurt-Schumacher-Straße 23** Tel.: **069 / 2165 - 1361**

nachstehend „**Auftraggeber**“ genannt,

und dem Ingenieur / Ingenieurbüro / der Ingenieurgesellschaft

Ingenieur / Ingenieurbüro / Ingenieurgesellschaft

(Vor- und Zuname, Berufsbezeichnung)

in 12345 Musterstadt, Musterstraße 1 Tel.: 12345 / 1234 - 1234

nachstehend „**Auftragnehmer**“ genannt,

wird für das Bauvorhaben:

Maßnahme

Objekt

Ort

(Bezeichnung der Maßnahme, des Objekts und des Orts)

folgender Vertrag geschlossen:

## § 1 Gegenstand des Vertrags

- 1.1.0 Gegenstand dieses Vertrags sind die in § 3 dieses Vertrags näher bezeichneten Leistungen des Leistungsbildes

### Technische Ausrüstung

- 1.2.0 Art des Bauvorhabens:  
☐ Neubau/Wiederaufbau/Erweiterungsbau (§ 2 Abs. 2, Abs.3 bzw. Abs. 4 HOAI)  
☐ Umbau/Modernisierung (§ 2 Abs. 5 bzw. 6 HOAI)  
☐ Instandsetzung/Instandhaltung (§ 2 Abs. 8 bzw. 9 HOAI)
- 1.3.0 Die Gesamtmaßnahme besteht aus folgenden Abschnitten:  
Abschnitt 1  
Abschnitt 2  
Abschnitt 3  
(konkrete Bezeichnung der Abschnitte, ggf. unter Bezugnahme eines Lageplans)
- 1.4.0 Die mit diesem Vertrag übertragenen Leistungen der Technische Ausrüstung umfassen die Anlagen nachfolgend genannter Anlagengruppen:  
☐ Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen  
☐ Wärmeversorgungsanlagen  
☐ Lufttechnische Anlagen  
☐ Starkstromanlagen  
☐ Fernmelde- und informationstechnische Anlagen  
☐ Förderanlagen  
☐ nutzungsspezifische Anlagen und verfahrenstechnische Anlagen  
☐ Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken  
☐ Sonstige Technik Sonstige Technik

## § 2 Bestandteile, Grundlagen und Ziele des Vertrags

- 2.1.0 Vertragsbestandteile und Grundlagen des Vertrags sind – bei Widersprüchen – in nachstehender Rangfolge:  
☒ die Bestimmungen dieses Vertrags  
☐ die Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung (Anlage Nr.)  
☐ der Projektzeitenplan (wird nach verbindlicher Vereinbarung Anlage Nr.)  
☐ die einvernehmlich festgestellte Kostenberechnung (wird nach verbindlicher Vereinbarung Anlage Nr. )  
☐ das Raum- und Funktionsprogramm vom Datum (Anlage Nr.)  
☐ die Beschreibung der Baumaßnahme vom Datum (Anlage Nr.)  
☐ aktuelle Bestandspläne (Anlage Nr.)  
☐ Staatliche Baugenehmigung vom Datum (wird ggf. nach Erhalt Anlage Nr.)  
☐ Baugrundgutachten vom Datum (Anlage Nr.)  
☐ Weiterer Vertragsbestandteil  
☐ Weiterer Vertragsbestandteil  
☐ Weiterer Vertragsbestandteil  
☐ Weiterer Vertragsbestandteil  
☐ das Angebot vom Datum (Anlage Nr.)

- ☒ das Baugesetz der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Kirchenbaugesetz - KBauG) \*
- ☒ die Rechtsverordnung über die verwaltungstechnische Abwicklung von Baumaßnahmen der Kirchengemeinden, Dekanate und kirchlichen Verbände \*
- ☒ die Richtlinien für die Berücksichtigung ökologischer und energiesparender Gesichtspunkte bei Baumaßnahmen \*
- ☒ die Rechtsverordnung zur Ausschreibung und Vergabe von Bauleistungen (Bauvergabeverordnung- BauVVO)\*
- ☒ die Rechtsverordnung über die Ausführung von Bauunterhaltungsmaßnahmen an kirchlichen Gebäuden\*
- ☒ die Rechtsverordnung über den Bau von Pfarrwohnungen\*
- ☒ alle für den Vertragsgegenstand und für das Bauvorhaben einschlägigen öffentlich-rechtlichen und behördlichen Vorschriften, Richtlinien und technischen Bestimmungen, insbesondere die bau-, gewerbe- und feuerpolizeilichen, die Arbeitsschutzbestimmungen, die sonstigen ordnungsbehördlichen Bestimmungen und Auflagen sowie die Baugenehmigung mit allen Bedingungen, Auflagen und Ergänzungen
- ☒ die anerkannten Regeln der Technik und Baukunst unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit (auch in Bezug auf den Lebenszyklus der Immobilie, Unterhaltung/Betrieb)
- ☒ die Verordnung über die Honorare für Leistungen der Architekten und Ingenieure (HOAI) in der zum Zeitpunkt des Vertrages gültigen Fassung
- ☒ die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), insbesondere des Werkvertragsrechts
- ☒ die Datenschutzinformation des evangelischen Regionalverbands Frankfurt und Offenbach (Anlage Nr. )
- ☒ die CAD-Standards des Evangelischen Regionalverbands Frankfurt und Offenbach (Anlage Nr. )

\*die Vorschriften können unter [www.kirchenrecht-ekhn.de](http://www.kirchenrecht-ekhn.de) in der jeweils gültigen Fassung (Nr. 812, 815, 816 und 827) eingesehen werden

## 2.2.0

### **Kostenobergrenze**

## 2.2.1

☐ Zur wirtschaftlichen Umsetzung der Investitionsentscheidung und der finanziellen Vorgaben des Auftraggebers werden als Kostenobergrenzen folgende Brutto-Herstellungskosten (Kostengruppen 200-700 der DIN 276-1: 2008-12) vereinbart:

**Kostenobergrenze € brutto**

☐ Zur wirtschaftlichen Umsetzung der Investitionsentscheidung und der finanziellen Vorgaben des Auftraggebers werden als Kostenobergrenzen folgende Brutto-Herstellungskosten für die gesamte Technische Ausrüstung der gemäß Ziff. 1.4.0 von diesem Vertrag erfassten Anlagengruppen (Kostengruppen 400 der DIN 276-1: 2008-12) vereinbart:

**Kostenobergrenze € brutto**

## 2.2.2

Ergeben sich nach Vorlage der Kostenschätzung und der Kostenberechnung Abweichungen bezüglich der vereinbarten Kostenobergrenze, kann der Auftraggeber auf Basis der neuen Kostenermittlung verlangen, dass die Kostenobergrenzen für einzelne Gewerke, Bauabschnitte bzw. Kostengruppen auf Basis der vorgenannten Kostenermittlungen neu definiert und festgelegt werden.

## 2.3.0

Der Auftragnehmer hat zur Realisierung der Baumaßnahme die in den Vertragsbestandteilen definierten gestalterischen und funktionalen Anforderungen an die Baumaßnahme als Vertragsziele zur Herbeiführung des werkvertraglichen Erfolgs einzuhalten.

## 2.4.0

Wird erkennbar, dass Vertragsziele, insbesondere die vereinbarten Kostenobergrenzen, die vereinbarten Fristen (Projektzeitenplan) sowie die Einhaltung der anerkannten Regeln der

Technik z.B. wegen dem Bauen im Bestand nicht eingehalten werden (können), hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich die Gründe für die Abweichung schriftlich mitzuteilen, ihn über die Auswirkungen schriftlich zu unterrichten und ihm sämtliche möglichen Handlungsalternativen (insbesondere Einsparungsmöglichkeiten) aufzuzeigen. Kommt der Auftragnehmer seiner Anzeigepflicht gemäß 2.4.0 vertragsgerecht nach, ist eine Haftung wegen Verletzung dieser Vertragsziele ausgeschlossen, es sei denn er hat die Vertragsverletzung zu verschulden. Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet den Vertrag gemäß den geänderten Planungszielen anzupassen. Die Vereinbarung bedarf der Genehmigung.

### § 3 Leistungen des Auftragnehmers

#### 3.1.0 Leistungen

- 3.1.1 ☐ Dem Auftragnehmer werden die Grundleistungen der nachfolgend angekreuzten Leistungsphasen aus dem Leistungsbild Technische Ausrüstung nach §§ 3, 55 HOAI übertragen, wobei die stufen- und abschnittsweise Beauftragung gem. §4 dieses Vertrags zu beachten ist:

Leistungsphasen	In % der Leistungen							
	Gruppe		Gruppe		Gruppe		Gruppe	
1.Grundlagenermittlung	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	2
2.Vorplanung	<input type="checkbox"/>	9	<input type="checkbox"/>	9	<input type="checkbox"/>	9	<input type="checkbox"/>	9
3.Entwurfsplanung	<input type="checkbox"/>	17	<input type="checkbox"/>	17	<input type="checkbox"/>	17	<input type="checkbox"/>	17
4.Genehmigungsplanung	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	2	<input type="checkbox"/>	2
5.Ausführungsplanung	<input type="checkbox"/>	22	<input type="checkbox"/>	22	<input type="checkbox"/>	22	<input type="checkbox"/>	22
6.Vorbereitung der Vergabe	<input type="checkbox"/>	7	<input type="checkbox"/>	7	<input type="checkbox"/>	7	<input type="checkbox"/>	7
7.Mitwirkung bei der Vergabe	<input type="checkbox"/>	5	<input type="checkbox"/>	5	<input type="checkbox"/>	5	<input type="checkbox"/>	5
8.Objektüberwachung Bauüberwachung und Dokumentation	<input type="checkbox"/>	35	<input type="checkbox"/>	35	<input type="checkbox"/>	35	<input type="checkbox"/>	35
9.Objektbetreuung	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	1	<input type="checkbox"/>	1
<b>Gesamt</b>		%		%		%		%

☐ Das Anfertigen von Schlitz- und Durchbruchplänen gehört nicht zu den übertragenen Leistungen. Die Leistungsphase 5 wird deshalb mit einem Abschlag von 4 %, d.h. bewertet.

☐ Das Prüfen der Montage- und Werkstattpläne gehört nicht zu den übertragenen Leistungen. Die Leistungsphase 5 wird deshalb mit einem Abschlag von 4 %, d.h. bewertet.

☐ Dem Auftragnehmer werden weiterhin folgende Besondere Leistungen übertragen:

☐ Überwachung der Beseitigung von Mängeln, die innerhalb der Verjährungsfristen der Gewährleistungsansprüche, längstens jedoch bis zum Ablauf von fünf Jahren seit Abnahme der Bauleistung auftreten. **Vergütung: 1% vom Grundhonorar.**

☐ Besondere Leistung

☐ Besondere Leistung

☐ Besondere Leistung

☐ Aus den Leistungsphasen werden folgende Grundleistungen nicht übertragen:

Grundleistung

Grundleistung

Grundleistung

Die Bewertung der Leistungsphasen unter 3.1.1 dieses Vertrags wird entsprechend gemindert (§ 8 Abs. 2 HOAI).

- 3.1.2 ☐ Dem Auftragnehmer werden nur die in der Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung (Anlage Nr.) angekreuzten Grund- und Besonderen Leistungen aus dem Leistungsbild Technische Ausrüstung nach §§ 3, 55 HOAI übertragen, wobei die stufen- und abschnittsweise Beauftragung gem. § 4 dieses Vertrags zu beachten ist.

Die in der Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung (Anlage Nr.) nicht angekreuzten Grundleistungen werden nicht übertragen. Die Bewertung der einzelnen Leistungsphasen wird entsprechend gemindert (§ 8 Abs. 2 HOAI).

- 3.1.3 Der Auftragnehmer hat im Rahmen der Grundleistungen der Leistungsphase 6 und 7 bei der Vorbereitung der Vergabe und der Durchführung der Vergabe die Vergaberegeln des Auftraggebers gemäß der BauVVO zu berücksichtigen, d.h. die Bauleistungen sind grundsätzlich im Wege einer Ausschreibung und nur ausnahmsweise freihändig an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Bewerber zu angemessenen Preisen zu vergeben. Grundsätzlich ist in den Verträgen mit den bauausführenden Unternehmen die gesetzliche Verjährungsfrist für Mängelansprüche von 5 Jahren vorzusehen.

Soweit keine kirchlichen Mustervorlagen bestehen, ist das Vergabehandbuch des Bundes anzuwenden. Bei Einzelvergaben über 50.000,00 € sind bei den Bietern mit dem Angebot u.a. folgende Unterlagen abzufordern:

- Formblatt Nr. 221 – Angaben zur Kalkulation mit bestimmten Zuschlägen oder
- Formblatt Nr. 222 – Angaben zur Kalkulation über die Endsumme

- 3.1.4 Der Auftragnehmer hat in der Leistungsphase 7 als Bestandteil der Grundleistung „Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung“ ein Kostenkontrollblatt nach Vorgabe des Auftraggebers zu erstellen, wenn 80 % der Bausumme ausgeschrieben sind. Das Kostenkontrollblatt hat insbesondere die Preise für Gewerke der gemäß Ziff. 1.4.0 von diesem Vertrag erfassten Anlagengruppen zu beinhalten.

Ohne Vorlage des Kostenkontrollblattes wird die Baufreigabe nicht erteilt.

- 3.1.5 Sollten zur Herbeiführung des vom Auftragnehmer geschuldeten Werkerfolgs über die übertragenen Leistungen der einzelnen Leistungsphasen und Bauabschnitte hinaus weitere Tätigkeiten erforderlich werden, ist der Auftragnehmer zu deren Ausführung verpflichtet, es sei denn, der Bürobetrieb des Auftragnehmers ist auf solche Leistungen nicht eingestellt oder solche Leistungen stehen in keinem sachlichen bzw. inhaltlichen Zusammenhang mit den beauftragten Leistungen. Steht dem Auftragnehmer für diese Leistungen ein Honorar zu, bestimmt sich dieses nach § 8 dieses Vertrags.

#### **§ 4 Stufenweise/abschnittsweise Beauftragung**

- 4.1.0 Dem Auftragnehmer werden die in § 3 dieses Vertrags beschriebenen Leistungen in einzelnen Arbeitsschritten, die in Leistungsphasen unterteilt werden, stufenweise beauftragt. Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer mit Vertragsschluss zunächst folgende Leistungen nach HOAI als erste Stufe:

- ☐ Leistungsphase 1 Grundlagenermittlung  
☐ Leistungsphase 2 Vorplanung

Die Beauftragung der weiteren Stufen, Leistungsphasen, Grund- und Besonderen Leistungen oder Teilleistungen daraus erfolgt jeweils mit schriftlicher Beauftragung auf einem gesonderten Beiblatt.

- 4.2.0 ☐ Die stufenweise Beauftragung erfolgt mit Vertragsschluss zunächst nur für folgende Bauabschnitte:

Bauabschnitt  
Bauabschnitt  
Bauabschnitt  
Bauabschnitt

Die Beauftragung für weitere Bauabschnitte erfolgt jeweils mit schriftlicher Beauftragung auf einem gesonderten Beiblatt.

- 4.3.0 Alle gesonderten Beauftragungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung gemäß dieses Vertrags.
- 4.4.0 Für eine Folgebeauftragung gelten die Bedingungen dieses Vertrags. Aus einer stufen- oder abschnittswisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars verlangen oder sonstige Ansprüche, insbesondere nach § 8 Abs. 3 HOAI oder Entschädigung nach § 642 BGB, geltend machen.
- 4.5.0 Der Auftraggeber ist berechtigt und behält sich vor, binnen 24 Monaten nach Fertigstellung der letzten Teilleistung, dem Auftragnehmer die weiteren Stufen, Leistungsphasen, Grund- und Besonderen Leistungen oder Teilleistungen daraus für einzelne oder alle Bauabschnitte durch eine gesonderte schriftliche Beauftragung zu übertragen, ohne dass der Auftragnehmer einen Rechtsanspruch auf Beauftragung hat oder einen Rechtsanspruch daraus herleiten kann.

#### **§ 5 Termine/Fristen/Projektzeitenplan**

- 5.1.0 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen so zeitig zu beginnen, zu fördern und zu vollenden, dass der Auftraggeber sie dem Vertrag entsprechend verwenden kann.
- 5.2.0 ☐ Der Auftragnehmer hat einen Projektzeitenplan (als Balkendiagramm oder Netzplan) innerhalb von 6 Wochen nach Vertragsschluss zu erstellen und dem Auftraggeber zu übergeben. Mit dem Auftraggeber ist dieser Projektzeitenplan abzustimmen und verbindlich als Vertragsbestandteil (Anlage Nr.) zu vereinbaren.

☐ Der AN hat bei der Erstellung eines Projektzeitenplans (als Balkendiagramm/Netzplan) durch den mit der Objektplanung Gebäude beauftragten Architekten mitzuwirken. Hierfür hat er innerhalb von drei Wochen nach Projektstart einen Planungsterminplan für einzelne Planungsphasen und die kontrollfähigen Arbeitsschritte der eigenen Leistungen aufzustellen und mit dem Architekten abzustimmen. Der Architekt integriert diesen Planungsterminplan in den Projektzeitenplan. Ein auf dieser Grundlage mit dem AG verbindlich vereinbarter

Projektzeitenplan, der die Planungstermine aller Projektbeteiligter ausweist, wird verbindlicher Bestandteil (Anlage Nr.) dieses Vertrags.

- 5.3.0 Für die Zeit der Bauausführung wird der Projektzeitenplan rechtzeitig zu Beginn der Vorbereitung der Vergaben der jeweiligen Bauleistungen entsprechend fortgeschrieben. Neben den Ausführungsfristen für die einzelnen Gewerke hat der Projektzeitenplan im Falle einer baubegleitenden Planung auch angemessene Planlieferfristen für die einzelnen Gewerke zu enthalten, die je nach Erfordernis im Regelfall zwischen zwei und vier Wochen vor der eigentlichen Ausführung liegen.
- 5.4.0 Der Projektzeitenplan ist soweit erforderlich durch den Auftragnehmer an die Projektgegebenheiten anzupassen, zu aktualisieren und fortzuschreiben.
- 5.5.0 Erfüllt der AN seine Verpflichtung gem. Ziff. 5.2.0, 5.3.0 und 5.4.0 dieses Vertrags nicht, ist der AG berechtigt, Planungstermine nach billigem Ermessen zu bestimmen (§ 315 BGB), die sodann in den Projektzeitenplan aufgenommen werden. Ein auf dieser Grundlage mit dem AG zu vereinbarenden Projektzeitenplan wird wiederum verbindlicher Bestandteil dieses Vertrags.
- 5.6.0 Es werden folgende Termine und Fristen als verbindliche Vertragstermine vereinbart, die auch entsprechend in den zu erstellenden und abzustimmenden Projektzeitenplan aufzunehmen sind:

5.6.1 **Zwischentermine:**

- |   |       |
|---|-------|
| <input type="checkbox"/> Erarbeitung eines ersten Planungskonzepts:   | Datum |
| <input type="checkbox"/> Zusammenstellen, Erläutern und Dokumentieren der Vorplanungsergebnisse:  | Datum |
| Kostenschätzung:  | Datum |
| <input type="checkbox"/> Festlegen aller Systeme und Anlagenteile:  | Datum |
| <input type="checkbox"/> Berechnung und Bemessung sowie zeichnerische Darstellung und Anlagenbeschreibung   | Datum |
| <input type="checkbox"/> Angabe und Abstimmung der für die Tragwerksplanung notwendigen Durchführungen und Lastangaben:   | Datum |
| <input type="checkbox"/> Kostenberechnung:  | Datum |
| <input type="checkbox"/> Erarbeiten und Zusammenstellen der Vorlagen und Nachweise für öffentlich-rechtliche Genehmigungen oder Zustimmungen, einschließlich der Anträge auf Ausnahme oder Befreiungen: | Datum |
| <input type="checkbox"/> Erstellung des Kostenkontrollblatts gemäß 3.1.4  | Datum |
| <input type="checkbox"/> Weiterer Zwischentermin  | Datum |
| <input type="checkbox"/> Weiterer Zwischentermin  | Datum |

5.6.2 **Fertigstellungstermin und weitere nachfolgende Termine:**

- |  |       |
|--|-------|
| <input type="checkbox"/> Abnahmefähige Fertigstellung der Bauleistungen (Fertigstellungstermin):   | Datum |
| <input type="checkbox"/> Zusammenstellung und Übergabe der für die Übergabe des Objekts erforderlichen Unterlagen, bspw. Bedienungsanleitungen und Prüfprotokolle: | Datum |
| <input type="checkbox"/> Kostenfeststellung  | Datum |
| <input type="checkbox"/> Verwendungsnachweise  | Datum |
| <input type="checkbox"/> Weiterer Termin   | Datum |
| <input type="checkbox"/> Weiterer Termin   | Datum |
| <input type="checkbox"/> Weiterer Termin   | Datum |

Diesen Terminen liegt zugrunde, dass der Auftraggeber die zur Beauftragung vorbehaltenen weiteren Leistungen innerhalb von 8 Wochen nach Fertigstellung der mit der Vertragsunterzeichnung beauftragten Leistungen überträgt. Anderenfalls sind die Parteien verpflichtet, neue Termine/Fristen zu vereinbaren. 5.5.0 dieses Vertrags gilt entsprechend.

## **§ 6 Fachlich Beteiligte/Beteiligung kirchlichen Gremien/Verantwortliche Vertreter**

- 6.1.0 Der Auftragnehmer hat die übernommenen Leistungen persönlich bzw. durch seine Gesellschafter bzw. mit eigenen Mitarbeitern zu erbringen.
- 6.2.0 Beabsichtigt der Auftragnehmer vertragsgegenständliche Leistungen durch Dritte erbringen zu lassen, ist in jedem Einzelfall eine vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers erforderlich. Zu folgenden Subplanern wird mit Unterzeichnung dieses Vertrags die Zustimmung erteilt:  
Subplaner/Firma/Unternehmen)
- 6.3.0 Die notwendigen weiteren Projektbeteiligten (Fachplaner, Sonderfachleute, Gutachter, etc.) werden nach Beratung durch den Auftragnehmer vom Auftraggeber beauftragt.
- 6.4.0 Bei der Erarbeitung der Planung und während der Bauausführung sind gemäß Rechtsverordnung über die verwaltungstechnische Abwicklung von Baumaßnahmen der Kirchengemeinden, Dekanate und kirchlichen Verbände (Anlage ) bestimmte kirchliche Gremien zu beteiligen. Der Auftragnehmer wird die für die erforderlichen Entscheidungen notwendigen Unterlagen erarbeiten und dem Auftraggeber rechtzeitig zu den im Projektzeitenplan bestimmten Terminen zu übergeben.
- 6.5.0 Der Auftragnehmer führt seine Leistungen in enger, kooperativer Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber aus. Auftraggeber und Auftragnehmer benennen hierfür einen verantwortlichen Vertreter und dessen Stellvertreter wie folgt:

Für den Auftraggeber:

Auftraggeber  
(Vertreter/-in ERV)

Für den Auftragnehmer:

Auftragnehmer  
(Vertreter)  
Auftragnehmer  
(Stellvertreter)

Wechsel der Vertretungsberechtigungen sind anzuzeigen und mit dem Auftraggeber abzustimmen.

- 6.6.0 Der Auftragnehmer kann und darf den Auftraggeber rechtsgeschäftlich nicht vertreten. Er ist jedoch berechtigt, Anordnungen zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der beauftragten Bau- und Lieferleistungen und zur Sicherstellung eines einwandfreien Projektablaufes notwendig sind und keinerlei negative Auswirkungen qualitativer, terminlicher und finanzieller Art für den Auftraggeber haben. Dies gilt auch für Erklärungen, die für die Wahrnehmung des Auftrags zur Koordinierung und Betreuung der Bauleistung sachlich notwendig sind. Finanzielle Verpflichtungen zu Lasten des Auftraggebers darf der Auftragnehmer ausschließlich eingehen zur Abwehr offensichtlich und unmittelbar drohender Gefahr und wenn das Einverständnis des Auftraggebers nicht rechtzeitig zu erlangen ist oder nach entsprechender vorheriger ausdrücklicher und schriftlicher Anordnung des Auftraggebers.

Zum Abschluss, zur Änderung und/oder zur Ergänzung von Verträgen oder zur Vereinbarung neuer/geänderter Preise ist der Auftragnehmer nicht befugt.



## § 7 Honorar

### 7.1.0 ☐ HOAI-Honorar nach dem Kostenberechnungsmodell

7.1.1 Die Vertragsparteien vereinbaren ein Honorar, das sich nach dem Kostenberechnungsmodell der HOAI auf Grundlage der nachfolgend bestimmten Parameter berechnet:

▪ **Honorarzone: Honorarzone I**

Anlagengruppe	Honorarzone	Honorarsatz
Anlagegruppe		
Anlagegruppe		
Anlagegruppe		
Anlagegruppe		
Anlagegruppe		
Anlagegruppe		
Anlagegruppe		
Anlagegruppe		

▪ **Honorarsatz: Basissatz**

▪ **anrechenbare Kosten vorläufig: Summe € netto**

Anlagengruppe	anrechenbare Kosten (vorläufig)
Anlagegruppe	Summe € netto
Anlagegruppe	Summe € netto
Anlagegruppe	Summe € netto
Anlagegruppe	Summe € netto
Anlagegruppe	Summe € netto
Anlagegruppe	Summe € netto
Anlagegruppe	Summe € netto
Anlagegruppe	Summe € netto

7.1.2 Folgende Zuschläge werden als Honorarerhöhungstatbestände vereinbart:

☐ Umbauszuschlag/Modernisierungszuschlag gem. §§ 6 Abs. 2 Satz 3, 56 Abs. 5 HOAI i.H.v.  
Wert %

oder

☐ Instandsetzungs-/Instandhaltungszuschlag gem. § 12 HOAI i. H. v. Wert % des v.-H.-Satzes für die Bauüberwachung (LPH 8 des § 55 HOAI)

7.1.3 Das Honorar richtet sich nach den anrechenbaren Kosten des Objekts auf der Grundlage der Kostenberechnung, sofern diese noch nicht vorliegt, auf der Grundlage der Kostenschätzung, nach DIN 276-1:2008-12 in Verbindung mit der zugehörigen Honorartafel. Werden dem Auftragnehmer einzelne Stufen, Leistungsphasen, Grund- oder Besonderen Leistungen oder Teilleistungen daraus nur für einzelne Bauabschnitte beauftragt, richtet sich das Honorar nach den anrechenbaren Kosten der von der Beauftragung umfassten Bauabschnitte.

7.1.4 Nach einvernehmlicher Feststellung wird die Kostenberechnung Anlage Nr. zum Vertrag.

7.1.5 Mit Ausnahme der nachfolgend explizit bestimmten Kosten sind die Kosten für die nichtöffentliche Erschließung und die technischen Anlagen in Außenanlagen nicht anrechenbar:

DIN 276-1:2008-12 Kostengruppe

<input type="checkbox"/> 230	Nichtöffentliche Erschließung	Summe €
<input type="checkbox"/> 540	Technische Anlagen in Außenanlagen	Summe €
<input type="checkbox"/> 300	Baukonstruktionen	Summe €

- 7.1.6 Ist bei der Baumaßnahme Bausubstanz vorhanden, die mitzuverarbeiten ist, wird Umfang und Wert der mitzuverarbeitenden Bausubstanz im Sinne des § 2 Abs. 7 HOAI angelehnt an die Methodik des Bayrischen Kommunalen Prüfungsverbands ermittelt:

**Berechnungsformel:  $M \times W \times WF \times LF$**

- M = Menge der mitzuverarbeitenden Bausubstanz in Metern, Quadratmetern, Kubikmetern, Stück, etc., zugeordnet zu einzelnen technischen Anlagen
- W = Wert der mitverarbeiteten technischen Anlagenteile (ortsübliche Kosten) in Euro
- WF = Wertfaktor/Erhaltungszustand ( $< 1$ )
- LF = Leistungsfaktor (Mitverarbeitung je Leistungsphase,  $< 1$ )

Die Ermittlung des Werts und des Umfangs der mitzuverarbeitenden Bausubstanz hat für jede übertragene Leistungsphase getrennt zu erfolgen.

Die einzelnen Berechnungsfaktoren (M, W, WF und LF) sind vom Auftragnehmer im Einzelnen nachvollziehbar zu begründen.

- 7.1.7 Auf Grundlage der Berechnungsmethodik gemäß 7.1.6 dieses Vertrags wird Umfang und Wert der mitzuverarbeitenden Bausubstanz bei den anrechenbaren Kosten wie folgt berücksichtigt:

- ☐ Für die mitzuverarbeitende Bausubstanz wird folgender Betrag bei den anrechenbaren Kosten berücksichtigt: Summe € netto
- ☐ Für die mitzuverarbeitende Bausubstanz wird der in der Anlage (Nr.) errechnete Betrag in Höhe von Summe € netto bei den anrechenbaren Kosten berücksichtigt.
- ☐ Da es vorher nicht möglich ist, werden Auftraggeber und Auftragnehmer über den bei den anrechenbaren Kosten zu berücksichtigenden Betrag für den Wert und Umfang der mitzuverarbeitenden Bausubstanz nach Vorlage der Kostenberechnung eine schriftliche Vereinbarung treffen. Sollte der Vertrag im Stadium der Kostenschätzung beendet werden, erfolgt die schriftliche Vereinbarung auf Basis der Kostenschätzung.

- 7.1.8 Änderungen und Abweichungen bis zu 15 % der vereinbarten Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz bei den anrechenbaren Kosten nach 7.1.7 dieses Vertrags bleiben außer Betracht. Eine Anpassung erfolgt erst für den 15 % über- oder unterschreitenden Teil.

- 7.2.0 ☐ **Pauschalhonorar**

- 7.2.1 Die Vertragsparteien vereinbaren für die beauftragten und geschuldeten Leistungen des Auftragnehmers nach diesem Vertrag ein Pauschalhonorar in Höhe von insgesamt

Summe € netto

zzgl. der jeweils gültigen Umsatzsteuer (z. Zt. 19 %), wobei die stufen- und abschnittsweise Beauftragung gem. 0 dieses Vertrags zu beachten ist.

- 7.2.2 ☐ Das vereinbarte Honorar verteilt sich dabei auf folgende Abrechnungseinheiten (gem. 0 dieses Vertrags beauftragte bzw. zu beauftragende Stufen, Leistungsphasen und ggf. Bauabschnitte):

Abrechnungseinheit	Summe <b>€ netto</b>
Abrechnungseinheit	Summe <b>€ netto</b>
Abrechnungseinheit	Summe <b>€ netto</b>
Abrechnungseinheit	Summe <b>€ netto</b>

- 7.2.3 ☐ Das vereinbarte Honorar verteilt sich dabei gemäß Anlage (Anlagen Nr.) auf die in der Anlage aufgeführten Abrechnungseinheiten (gem. § 4 dieses Vertrags beauftragte bzw. zu beauftragende Stufen, Leistungsphasen und ggf. Bauabschnitte).

- 7.2.4 In dem vereinbarten Honorar ist ein Umbau-/Modernisierungszuschlag i.H.v. Wert % enthalten. Ggf. sonstige anfallende Zuschläge und sonstige Erhöhungstatbestände nach HOAI sind mit dem vereinbarten Pauschalhonorar abgegolten und können nicht zusätzlich berechnet werden.

- 7.2.5 Werden dem Auftragnehmer einzelne Stufen, Leistungsphasen, Grundleistungen, besondere Leistungen oder Teilleistungen daraus nicht oder nur für einzelne Bauabschnitte beauftragt und ist hierfür keine Abrechnungseinheit ausgewiesen, ist ein Honorar zu berechnen und zu vereinbaren, das dem Anteil der übertragenen Leistungen an der gesamten Leistung der jeweils vereinbarten Pauschale entspricht.

7.3.0 **Sonstige Honorarbestimmungen (für Honorare gemäß 7.1.0 und 7.2.0)**

- 7.3.1 Die Bewertung der Grundleistungen erfolgt gem. § 8 HOAI entsprechend den in § 3 dieses Vertrags oder in der Leistungs- und Tätigkeitsbeschreibung (Anlage Nr.) festgelegten Prozentsätzen des Honorars.

- 7.3.2 Für die gem. § 3 dieses Vertrags übertragenen besonderen Leistungen erhält der Auftragnehmer folgende durch Vorausschätzung des Zeitbedarfs ermittelte Honorare als Festbetrag bzw. Höchstbetrag:

Besondere Leistungen	Festbetrag
<input type="checkbox"/> Überwachung der Beseitigung von Mängeln, die innerhalb der Verjährungsfristen der Gewährleistungsansprüche, längstens jedoch bis zum Ablauf von fünf Jahren seit Abnahme der Bauleistung auftreten.	<b>1% vom Grundhonorar</b>

Besondere Leistung	Summe <b>€ netto</b>
Besondere Leistung	Summe <b>€ netto</b>
Besondere Leistung	Summe <b>€ netto</b>

Besondere Leistungen auf Stundennachweis	Höchstbetrag
Besondere Leistung Std	Summe <b>€ netto</b>
Besondere Leistung Std	Summe <b>€ netto</b>
Besondere Leistung Std	Summe <b>€ netto</b>
Besondere Leistung Std	Summe <b>€ netto</b>

Die Honorare für besondere Leistungen enthalten alle insoweit anfallenden Nebenkosten. Diese können nicht zusätzlich berechnet werden. Gleiches gilt für einen Umbau-/Modernisierungszuschlag oder Instandsetzungs-/Instandhaltungszuschlag.

- 7.3.3 Alle anfallenden und bei der Durchführung des Vertrags erforderlichen Nebenkosten, insbesondere die in § 14 Abs. 2 HOAI genannten Kosten, werden mit einer Pauschale von **4 %** des Nettohonorars berechnet.

- 7.3.4 Für die Berechnung der Höchstbeträge nach 7.3.2 dieses Vertrags oder, soweit sich die Parteien auf eine Honorierung auf Zeithonorarbasis einigen oder der Auftragnehmer aus sonstigen Gründen Anspruch auf Honorierung auf Zeithonorarbasis hat, werden folgende Stundensätze vereinbart:

Inhaber:	Stundensatz <b>€ netto</b>
angestellter Ingenieur	Stundensatz <b>€ netto</b>
technische Mitarbeiter:	Stundensatz <b>€ netto</b>
Bauzeichner:	Stundensatz <b>€ netto</b>

Die Stundensätze enthalten alle insoweit anfallenden Nebenkosten. Diese können nicht zusätzlich berechnet werden. Gleiches gilt für einen Umbau-/Modernisierungszuschlag oder Instandsetzungs-/Instandhaltungszuschlag.

## **§ 8 Änderungs- und Zusatzleistungen**

- 8.1.0 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, etwaige vom Auftraggeber angeordnete Änderungen der Planungs- und/oder Überwachungsleistungen auszuführen (Änderungsleistungen) und zusätzliche, d. h. nicht im vereinbarten Leistungsumfang enthaltene Leistungen (Zusatzleistungen) zu erbringen, soweit sein Betrieb hierauf eingerichtet ist.
- 8.2.0 Vor Beginn der Bauausführung oder während der Bauzeit für erforderlich gehaltene Abweichungen von der (kirchlich) genehmigten Bauplanung bedürfen, auch wenn damit keine Kostenerhöhungen verbunden ist, der Genehmigung, die rechtzeitig und auf jeden Fall vor der Ausführung einzuholen ist.
- 8.3.0 Änderungs- oder Zusatzleistungen sind dem Auftraggeber vor ihrer Ausführung schriftlich mit der Begründung, warum diese Leistungen nicht im vereinbarten Leistungsumfang enthalten sind, anzuzeigen. Der Anzeige ist eine Erläuterung des Auftragnehmers mit Änderungszeichnungen sowie der Mitteilung der damit ggf. verbundenen Änderung der Kosten und/oder Termine beizufügen.
- 8.4.0 Beauftragt der Auftraggeber eine Zusatzleistung oder ordnet er eine Änderungsleistung an, steht dem Auftragnehmer eine zusätzliche Vergütung zu, bei Änderungsleistungen aber nur, wenn deren Ausführung oder Notwendigkeit nicht vom Auftragnehmer zu vertreten ist, sie keine Fortschreibung oder Optimierung enthält bzw. darstellt und sie einen im Verhältnis zur ursprünglichen Vertragsleistung so erheblichen Arbeits- und Zeitmehraufwand verursacht, dass ein Festhalten an dem vertraglich vereinbarten Honorar nicht zumutbar ist.
- 8.5.0 Die Berechnung des Honorars für Änderungs- und/oder Zusatzleistungen erfolgt gemäß § 10 HOAI. Sollte eine schriftliche Vereinbarung über das Zusatzhonorar nicht zustande kommen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die geänderten, ergänzenden oder zusätzlichen Leistungen zu erbringen, sofern der Auftraggeber dies schriftlich angeordnet hat. Das Zusatzhonorar wird dann später gemäß § 10 HOAI ermittelt, sofern sich die Parteien nicht auf eine andere Honorierung einigen.

## **§ 9 Zahlungen**

- 9.1.0 Bei Beauftragung bis einschließlich Leistungsphase 9 gilt Folgendes:
- Nach Teilabnahme gemäß 12.4.0 hat der Auftragnehmer schlusszurechnen. Die Schlussrechnung hat das Honorar für die Leistungsphase 9 zu beinhalten, das jedoch erst ausgezahlt wird, wenn ein prüfbarer Nachweis über die Leistungserbringung vorliegt.
- 9.2.0 Die Schlusszahlung ist spätestens innerhalb von 2 Monaten zu leisten, nachdem die Leistungen abgenommen wurden und eine prüfbare Honorarschlussrechnung vorgelegt worden ist.
- 9.3.0 Abschlagszahlungen werden in angemessenen zeitlichen Abständen für nachgewiesene Leistungen gewährt.
- 9.4.0 Abschlagszahlungen sind binnen 18 Werktagen nach Zugang des prüfbaren Nachweises zu leisten.
- 9.5.0 Zahlungen des Auftraggebers stellen kein Anerkenntnis dar. Überzahlungen sind zu erstatten. Dies gilt insbesondere auch für solche, die bei der Rechnungsprüfung durch die Aufsichtsinstanzen des Auftraggebers einschließlich des Rechnungsprüfungsamtes der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau festgestellt werden.
- 9.6.0 Für den Fall einer Überzahlung verzichtet der Auftragnehmer auf die Einrede des Wegfalls der Bereicherung (§ 818 Absatz 3 BGB).

## **§ 10 Haftung des Auftragnehmers / Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers**

- 10.1.0 Die Haftung des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistung wird durch Anerkennung oder Zustimmung des Auftraggebers, insbesondere durch die Genehmigungen oder durch Entgegennahme von Arbeitsergebnissen durch den Auftraggeber, nicht eingeschränkt.
- 10.2.0 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber etwaige Bedenken gegen die von ihm bei seiner Leistungserbringung zugrunde zu legenden vertraglichen Vereinbarungen, Anordnungen, Vorgaben und Anregungen des Auftraggebers unverzüglich mitzuteilen und zu begründen. Dies gilt auch dann, wenn dem Auftraggeber fachkundige Personen zur Seite stehen.
- 10.3.0 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine für das übernommene Risiko ausreichende Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen und für die Dauer des Vertrags aufrechtzuerhalten. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und sobald Versicherungsschutz in der entsprechenden Höhe nicht mehr besteht oder in Frage gestellt ist. Sofern der Auftragnehmer den Versicherungsschutz oder dessen Aufrechterhaltung trotz Nachfristsetzung nicht nachweist, ist der Auftraggeber zur Kündigung des Vertrags aus wichtigem Grund berechtigt.
- 10.4.0 Vor dem Nachweis bestehenden Versicherungsschutzes für Berufshaftpflichtfälle nach den in der BRD allgemein üblichen Versicherungsbedingungen werden Honoraransprüche des Auftragnehmers nicht fällig.
- 10.5.0 Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung müssen pro Verstoß mindestens

für Personenschäden

Summe €

für Sach-, Vermögens- und sonstige Schäden

Summe €

betragen und in jedem Versicherungsjahr mindestens dreifach maximiert zur Verfügung stehen.

## **§ 11 Kündigung**

- 11.1.0 Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- 11.2.0 Der Vertrag kann vom Auftraggeber aus wichtigem Grund oder frei gekündigt werden.
  - 11.2.1 Als wichtiger Grund für eine Kündigung des Auftraggebers gilt neben den in diesem Vertrag genannten Umständen insbesondere, dass eine für die Durchführung des Bauvorhabens behördliche oder sonstige Genehmigung nicht erteilt wird.
  - 11.2.2 Des Weiteren kann der Auftraggeber den Vertrag auch aus wichtigem Grund kündigen, wenn das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien aufgrund nach Vertragsschluss eingetretener Umstände erheblich gestört ist oder wenn andere Umstände gegeben sind, die es dem Auftraggeber unzumutbar machen, das Vertragsverhältnis mit dem Auftragnehmer fortzusetzen. Das Gleiche gilt, wenn der Auftragnehmer seine Zahlungen eingestellt hat, das Insolvenzverfahren über sein Vermögen (bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren) eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wurde oder von ihm sowie zulässigerweise vom Auftraggeber beantragt worden ist.
- 11.3.0 Der Vertrag kann vom Auftragnehmer nur aus wichtigem Grund gekündigt werden.
- 11.4.0 Im Falle der Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der Auftragnehmer seine Arbeiten so abzuschließen, dass ohne vermeidbare Schwierigkeiten eine Übernahme der Leistung und die Weiterführung des Projektes durch einen Dritten möglich sind. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den vollständigen Leistungsstand unverzüglich nach Zugang der Kündigung durch Vorlage aller bereits erbrachten Leistungen (insbesondere Planungsunterlagen und -berechnungen) beim Auftraggeber nachzuweisen.
- 11.5.0 Die Kündigung kann auf die Leistung für bestimmte Leistungsstufen, einzelner Leistungsphasen, Grund- oder Besondere Leistungen oder Teilleistungen daraus sowie auf einzelne Bauabschnitte beschränkt werden.
- 11.6.0 Im Falle von Leistungsstörungen durch den Auftragnehmer bedarf es vor Ausspruch einer Kündigung einer vorherigen angemessenen Frist mit einer Nachfristsetzung durch den Auftraggeber, die erfolglos abgelaufen sein muss. Das Gleiche gilt, wenn eine Leistungsverzögerung Grund für die Kündigung ist.
- 11.7.0 Bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses durch Kündigung bleiben sämtliche vertraglichen sowie gesetzlichen Mängelansprüche, Ansprüche auf Auskunft, Herausgabe und Übertragung des Urheberrechts unberührt.
- 11.8.0 Wird der Vertrag vom Auftraggeber durch Kündigung aus wichtigem und vom Auftragnehmer zu vertretenden Grunde beendet, sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen, für den Auftraggeber verwertbaren und vom Auftragnehmer nachgewiesenen Leistungen zuzüglich Nebenkosten zu vergüten bzw. zu erstatten.

Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Der Auftraggeber ist in diesem Falle insbesondere berechtigt, die infolge der Kündigung entstehenden Mehrkosten, vor allem aus der Beauftragung eines Dritten, oder solche, die infolge eines Leistungsverzugs des Auftragnehmers entstehen oder entstanden sind, vom Auftragnehmer ersetzt zu verlangen.

- 11.9.0 Dem Auftragnehmer steht bei einer freien Kündigung des Auftraggebers die vereinbarte Vergütung für die erbrachten und für die beauftragten, jedoch im Wege der Kündigung nicht mehr erbrachten Leistungen zu. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart hat oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (§ 649 BGB). Etwaige, infolge der Kündigung vom Auftragnehmer angenommene Ersatzaufträge oder böswillig nicht angenommene Ersatzaufträge sind auf den Vergütungsanspruch des Auftragnehmers für die übertragenen, jedoch nicht mehr erbrachten Leistungen in vollem Umfang anzurechnen.

## **§ 12 Abnahme des Ingenieurwerkes**

- 12.1.0 Der Auftraggeber hat, sofern nichts anderes vereinbart ist, die vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen, die ein prüfbares Ergebnis (Erfolg) beinhalten und das Ingenieurwerk als Ganzes darstellen, abzunehmen, sofern die Leistungen vollständig sowie im Wesentlichen vertragsgerecht und mängelfrei erbracht worden sind und der Auftragnehmer die Fertigstellung schriftlich angezeigt hat. § 650s BGB bleibt unberührt.
- 12.2.0 Die Abnahmeerklärung ist aus Beweisgründen schriftlich abzugeben.
- 12.3.0 Einzelne Beauftragungsstufen oder einzelne Leistungsphasen, Grundleistungen, Besondere Leistungen, Teilleistungen daraus oder Bauabschnitte werden nicht rechtsgeschäftlich abgenommen, es sei denn, der Vertrag wird wegen nicht beabsichtigter Folgebeauftragung beendet und die Leistungen des Auftragnehmers sind insgesamt fertiggestellt; in diesem Fall gelten 12.1.0 und 12.2.0 dieses Vertrages entsprechend. § 650s BGB bleibt unberührt.
- 12.4.0 Bei Beauftragung bis einschließlich Leistungsphase 9 gilt Folgendes:
- Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Leistungen des Auftragnehmers nach vollständiger sowie im Wesentlichen vertragsgerechter und mängelfreier Erfüllung der Leistungsphase 8 durch eine gesonderte Teilabnahme abzunehmen. Mit der Teilabnahme beginnt die Frist für die Mängelhaftung der bis dahin erbrachten Leistungen.

## **§ 13 Urheberrechte/Nutzungsrechte**

- 13.1.0 Der Auftraggeber darf die vom Auftragnehmer erstellten Unterlagen, die Pläne für die Baumaßnahme und das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des Auftragnehmers nutzen, ändern und verwerten.
- 13.2.0 Der Auftraggeber ist berechtigt, das Bauwerk nach seiner Fertigstellung ohne Mitwirkung des Auftragnehmers zu ändern, insbesondere zu modernisieren und/oder in sonstiger Weise den aktuellen Erfordernissen anzupassen, es sei denn, dass bei einer im Einzelfall vorzunehmenden Interessenabwägung die Belange des Urhebers an seiner urheberrechtlich geschützten Planung dem schutzwürdigen Interesse des Auftraggebers vorgehen oder eine Entstellung des Werkes oder eine Beeinträchtigung i. S. v. § 14 UrhG zu besorgen ist.
- Der Auftraggeber ist jedoch verpflichtet, den Auftragnehmer vor einer urheberrechtsrelevanten Werkänderung anzuhören und seine Anregungen möglichst zu berücksichtigen.
- 13.3.0 Der Auftraggeber darf die Nutzungs-, Änderungs- und Verwertungsrechte auf den jeweiligen zur Verfügung für das Grundstück Berechtigten übertragen. Der Auftraggeber ist, auch im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrags oder im Falle der Nichtbeauftragung weiterer Leistungen bei vereinbarter Stufenbeauftragung, berechtigt, die Planung und/oder das Bauwerk

ohne Mitwirkung des Auftragnehmers zu vollenden. Im vertraglich vereinbarten Honorar ist die Übertragung sämtlicher urheberrechtlicher Nutzungsbefugnisse der etwaigen Vergütung nach § 32 UrhG enthalten und damit abgegolten.

- 13.4.0 Der Auftraggeber hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des Auftragnehmers.
- 13.5.0 Der Auftragnehmer ist zur Veröffentlichung seines Werks zu fachlichen, publizistischen und literarischen Zwecken nur mit Zustimmung des Auftraggebers berechtigt. Die Zustimmung wird im Regelfall erteilt, wenn im Einzelfall keine überwiegenden Interessen des Auftraggebers der Veröffentlichung entgegenstehen.
- 13.6.0 Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass seine Planung frei von Urheberrechten und/oder sonstigen Schutzrechten Dritter ist und auch auf Dauer hiervon bleibt. Der Auftragnehmer steht auch dafür ein, dass keine Nutzungsrechte anderen Personen, als dem Auftraggeber, eingeräumt sind. Die Frist des § 41 UrhG beträgt 5 Jahre.

#### **§ 14 Herausgabeanspruch des Auftraggebers**

Die vom Auftragnehmer gefertigten und beschafften Unterlagen sind dem Auftraggeber auf Verlangen auszuhändigen; sie werden dessen Eigentum. Sie dürfen frühestens nach 5 Jahren und nur mit schriftlicher Genehmigung des Auftraggebers vernichtet werden, wenn er auf die Herausgabe verzichtet.

#### **§ 15 Erfüllungsort, Streitigkeiten und Gerichtsstand**

- 15.1.0 Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist der Sitz des Auftraggebers, soweit sich nicht aus der Natur der Leistung etwas anderes ergibt.
- 15.2.0 Bei Streitigkeiten aus diesem Vertrag haben die Beteiligten zunächst die kirchliche Aufsichtsbehörde anzurufen.
- 15.3.0 Soweit die Voraussetzungen gemäß § 38 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz der für die Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle.

#### **§ 16 Schlussbestimmungen**

- 16.1.0 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform.
- 16.2.0 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags rechtsunwirksam sein, so wird dadurch die Rechtswirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die Vertragsparteien sind in diesem Fall verpflichtet, die rechtsunwirksame Vertragsbestimmung dahingehend umzudeuten oder zu ergänzen, dass der mit der unwirksamen Bestimmung zum Ausdruck gekommene Parteiwille unter Einbeziehung der beabsichtigten wirtschaftlichen Zwecke erreicht wird. Entsprechendes gilt, wenn sich bei der Durchführung des Vertrags eine Regelungslücke ergeben sollte.
- 16.3.0 Dieser Vertrag wird in vier Exemplaren ausgefertigt; drei Exemplare erhält der Auftraggeber, ein Exemplar der Auftragnehmer.



**Auftraggeber:**

**Auftragnehmer:**

**Frankfurt,** Datum  
(Ort/Datum)

\_\_\_\_\_  
(Ort/Datum)

**Herr Cornelius Boy**

\_\_\_\_\_  
(Name/Stempel)

\_\_\_\_\_  
(Siegel)

\_\_\_\_\_  
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

\_\_\_\_\_  
(Rechtsverbindliche Unterschrift)